

Antrag Ini 1: Sachsen braucht einen neuen Aufbruch

Laufende Nummer: 68

Antragsteller*in:	SPD-Landesvorstand Sachsen
Unterstützer*innen:	Albrecht Pallas, Alexander Weiß (Er/Ihm), André Schnabel, André Wellhäußer, Anne Schawohl, Antje Junghans, Ben Kleindienst, Benjamin Schulz, Carlos Kasper, Christina März, Christopher Jakoby, Elli Martius, Emely Marie Schäfer, Eric Feddersen, Fabian Funke, Felix Beyer, Felix Göhler, Ina Loitsch, Jessika Hoffmann, Julia Hartl, Julia Seliger, Kay Dramert, Laura Stellbrink, Lea Männel, Lucas Frithjof Glöckner, Luisa Renatus, Marc Dietzschkau, Martin Grund, Matthias Ecke, Matthias Lüth (er/ihm), Maximilian Patrzek, Michael Schmidt (er/ihn), Moritz Zeidler, Oliver Strotzer, Paolo Le van, Pauline Schawohl (Sie/Ihr), Rebecca Overmeyer, Rocco Hahn, Stephan Schumann
Status:	Beschluss
Empfehlung Antragskommission:	Diskussion durch den Parteitag
Sachgebiet:	Ini - Initiativanträge
Antragsblock:	Initiativanträge

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Freistaat Sachsen ist ein wirtschaftlich starkes Land. Engagierte Beschäftigte und innovative Unternehmen leisten dafür tagtäglich ihren Beitrag. Diese Stärke ist keineswegs selbstverständlich, sondern auch das Ergebnis von ordentlichen Rahmenbedingungen: Ohne exzellente und praxisnahe Forschung, eine leistungsfähige Infrastruktur und eine zukunftsfähige Ausbildung wären viele Fortschritte der letzten Jahrzehnte nicht denkbar gewesen. Viele Grundlagen dafür wurden in der Nachwendezeit gelegt. Trotz großer wirtschaftlicher Schwierigkeiten wurde flächendeckend massiv investiert. Und das hat sich trotz erheblicher Ausgaben und einiger Rückschläge letztlich auch bezahlt gemacht. Auch wenn nicht alles richtig gemacht wurde: **Der Freistaat hat damals – zusammen mit den Menschen im Land – einen Aufbruch gewagt und erfolgreich vollzogen.**

Seitdem ist viel Zeit vergangen und sowohl die **gesellschaftlichen als auch die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** haben sich **stark verändert**. Anstelle von Massenarbeitslosigkeit dominieren zunehmend der vom demographischen Wandel geprägte Fachkräftemangel. Branchen wie die Mikroelektronik sind nach wie vor Zugpferde und werden in nächster Zeit massiv expandieren. Parallel dazu erleben wir einen starken Wandel der internationalen Absatzmärkte und es geraten wichtige Bereiche wie die wichtige Automobilindustrie und deren Zulieferer unter Druck. Auch in diesen Tagen bangen Beschäftigte um ihre berufliche Zukunft. Zugleich hängt Sachsen bei der Tarifbindung weiter hinterher und die Beschäftigten profitieren nicht ausreichend von wirtschaftlicher Prosperität. Der Ausbau erneuerbarer Energien schreitet voran, muss aber durch entsprechenden Ausbau von Leitungsnetzen und Speichermöglichkeiten begleitet werden, damit durchweg Versorgungssicherheit gewährleistet ist. Und vielerorts gibt es bei unserer öffentlichen Infrastruktur – Kitas und Schulen, Krankenhäuser und Pflegeheime, Schienen und Straßen – weiterhin erheblichen Aufholbedarf. Kurzum: **Der Freistaat hat sich gut entwickelt, aber es zeigen sich nunmehr große Herausforderungen.**

Deswegen braucht Sachsen einen neuen Aufbruch.

Dieser Aufbruch ist nicht nur eine Notwendigkeit, sondern für uns eine Herzensangelegenheit. Wir werden als SPD nicht kampflos akzeptieren, dass Standorte geschlossen werden und Beschäftigte ihren

Arbeitsplatz verlieren. Wo es Chancen gibt, müssen Unternehmen, Beschäftigte, Gewerkschaften und Staat beherzt gemeinsam an einem Strang ziehen und nach **tragfähigen Zukunftslösungen** suchen. Als SPD unterstützen wir den Ausbau und die Neuansiedlung von Unternehmen, die Wohlstand und Arbeitsplätze im Freistaat sichern und schaffen. Dabei muss Sachsen – auch im Sinne der Beschäftigten und ihrer Familien und guter Arbeits- und Lebensbedingungen – mehr als eine verlängerte Werkbank sein.

Deswegen braucht Sachsen einen neuen Aufbruch.

Dieser Aufbruch ist nicht nur eine Notwendigkeit, sondern für uns eine Herzensangelegenheit. Wir werden als SPD nicht kampflos akzeptieren, dass Standorte geschlossen werden und Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren. Wo es Chancen gibt, müssen Unternehmen, Beschäftigte, Gewerkschaften und Staat beherzt gemeinsam an einem Strang ziehen und nach **tragfähigen Zukunftslösungen** suchen. Als SPD unterstützen wir den Ausbau und die Neuansiedlung von Unternehmen, die Wohlstand und Arbeitsplätze im Freistaat sichern und schaffen. Dabei muss Sachsen – auch im Sinne der Beschäftigten und guter Arbeitsbedingungen – mehr als eine verlängerte Werkbank sein. Dieser Aufbruch braucht eine klare Richtung. Es reicht nicht, neue Investitionsprogramme aufzulegen – wir müssen auch alte Routinen verlassen: den Mut haben, politische Konflikte zu führen, Prioritäten neu zu setzen und deutlich zu machen, dass Fortschritt nicht von selbst passiert. Aufbruch heißt für uns: Widersprüche benennen, den Staat handlungsfähig machen und Gemeinwohl über Besitzstand stellen. Kurz: Den sozialen Zusammenhalt zur politischen Leitplanke machen.

Es ist nicht akzeptabel, dass konzentrierte Industrieneuansiedlungen in einzelnen Kommunen zu massiven Problemen beim bezahlbaren Wohnen und der öffentlichen Infrastruktur führen. Sie müssen ganz Sachsen zugutekommen und von ganz Sachsen getragen werden. Wir brauchen Ansiedlungen und Wachstumsimpulse im ganzen Land und wollen sie zu **einem gemeinsamen Erfolg** machen. Und wir werden als SPD nicht akzeptieren, dass notwendige **Investitionen in mehr Sicherheit** gegen **Investitionen in Schulen und Krankenhäuser** ausgespielt werden. **Wir brauchen beides** und der Freistaat kann sich auch beides leisten.

Es ist nicht akzeptabel, dass Neuansiedlungen nur einzelnen Kommunen zugutekommen und dort zu massiven Problemen beim bezahlbaren Wohnen und der öffentlichen Infrastruktur führen. Wir brauchen Ansiedlungen und Wachstumsimpulse im ganzen Land und wollen sie zu **einem gemeinsamen Erfolg** machen. Und wir werden als SPD nicht akzeptieren, dass notwendige **Investitionen in mehr Sicherheit** gegen **Investitionen in Schulen und Krankenhäuser** ausgespielt werden. **Wir brauchen beides** und der Freistaat kann sich auch beides leisten.

Investitionen als Grundpfeiler unserer Zukunft

Die Menschen in Sachsen haben klare Erwartungen: Der Alltag muss funktionieren, der Staat muss klug in die Zukunft investieren, und zwar auch dann – und das gehört zur Wahrheit dazu – wenn er in anderen Bereichen konsolidieren muss. Damit die kommende Generation in einem wirtschaftlich starken und gerechten Land leben kann, müssen wir heute handeln und die Weichen in die richtige Richtung stellen. Wirtschaftliche und gesellschaftliche Transformation gelingt nicht, wenn der Staat in den kommenden Jahren weiter bei Instandhaltung und Reparatur oder den Investitionen in die Köpfe spart. Die Sperrung und der Einsturz von Brücken haben ein tieferliegendes Problem offengelegt: **Der Bund und auch der Freistaat haben zu wenig investiert**. Wer nicht investiert und die Ausgaben für Instandhaltung und Reparatur herunterfährt, produziert erst recht Schulden – Infrastrukturschulden. Diese Folgekosten betragen später ein Vielfaches der unterlassenen Investitionskosten.

Infrastruktur ist für uns als SPD weit mehr als Beton – sie ist das Rückgrat für Mobilität, Wirtschaft und Innovation sowie Daseinsvorsorge und sozialen Zusammenhalt. Mit Blick auf Klimaschutz, Digitalisierung,

demografischen Wandel und geopolitische Risiken brauchen wir eine klare und **klug durchdachte Investitionsstrategie**. Diese umfasst auch Katastrophenschutz, Verteidigungsfähigkeit und Versorgungssicherheit, denn die jüngste Vergangenheit hat gezeigt, dass Stabilität und Sicherheit keine Selbstverständlichkeiten mehr sind. Ob Stadt oder Land, Chemnitz oder Vogtland – wir wollen, dass alle Menschen Zugang zu guter Bildung, Gesundheitsversorgung, Wohnraum und Mobilität haben. Wir spielen unterschiedliche Zukunftsaufgaben nicht gegeneinander aus. Nur so können wir letztlich Angriffe auf unsere freiheitlich demokratische Grundordnung abwehren und rechtsradikalen Narrativen das Wasser abgraben. Gute Bildung und Arbeit, bezahlbarer Wohnraum, verlässliche Daseinsvorsorge – all das stärkt auch die Demokratie.

Investitionen in die Infrastruktur sind für uns die Grundlage für **gleichwertige Lebensverhältnisse**, die den Alltag in allen Teilen Sachsens lebenswert machen. Digitalisierung, Veränderungen in der Arbeitswelt und die erneuerbaren Energien können gerade auch ländliche Räume wieder attraktiver machen, die ansonsten nicht so im Fokus stehen.

Nicht zuletzt sind Investitionen für uns viel mehr als nur Ausgaben. Sie sind **Voraussetzungen für wirtschaftliche Prosperität** und der **Garant für die Steuereinnahmen der Zukunft**. Wenn sich Unternehmen dynamisch entwickeln können und die Menschen davon profitieren, Infrastruktur in all ihren Facetten auf einem modernen Standard ist und die Gesellschaft mit Offenheit, Freundlichkeit und Zuversicht in die Zukunft blickt, fühlen sich die Menschen in Sachsen wohl, kommen Menschen gerne nach Sachsen und bleiben auch dauerhaft hier.

Der Sachsenfonds – unser Erfolg

Das notorische Sparen zulasten der Zukunft wurde jahrelang von den Konservativen vorangetrieben und der politischen Rechten bejubelt. Politik war kein Unfall – sie war eine politische Entscheidung. Jahrzehntelang wurde Sparen als Tugend verkauft, selbst wenn es den öffentlichen Dienst überlastet, Demokratieförderung geschwächt und Lebensrealitäten junger Menschen verschärft hat. Dieser strukturelle Konservatismus hat Sachsen nicht stabilisiert, sondern ausgebremst. Auch die Sozialdemokratie hat sich davon an manchen Stellen beeinflussen lassen. Die SPD Sachsen hat jedoch schon vor fünf Jahren erkannt, dass es so nicht weitergehen kann. Deswegen hat die SPD-Landtagsfraktion den Sachsenfonds vorgeschlagen – einen **Fonds für Sachsens Zukunft**, der langfristig angelegt ist und Investitionen planungssicher macht.

Anfangs stießen wir auf Ablehnung und Ignoranz. Die Notwendigkeit wurde bestritten, Probleme kleingeredet. Zunächst wollte die politische Konkurrenz wenig von einer langfristigen Investitionsstrategie wissen. Doch wir haben uns nicht beirren lassen und **kontinuierlich die dicken Bretter gebohrt**. Der gesellschaftliche Druck wuchs, und selbst Konservative konnten die Notwendigkeit einer langfristigen Investitionspolitik nicht mehr leugnen. Eine Lebenslüge vieler vermeintlich Marktliberaler ist angesichts der heutigen Herausforderungen wie ein Kartenhaus in sich zusammengefallen. Heute ist der Sachsenfonds ein zentraler Bestandteil der Koalitionspolitik von CDU und SPD in Sachsen. **Das 'S' im Sachsenfonds steht für SPD.**

Grundlage für diesen Erfolg war nicht nur unser Druck in Sachsen: Im Bund konnte die SPD während der Sondierungs- bzw. Koalitionsgespräche eine **Reform der Schuldenbremse und ein großes Sondervermögen** durchsetzen. Damit haben die Länder und Kommunen nun zusätzliche Spielräume für Investitionen. Jetzt gibt es eine starke parteiübergreifende Einigkeit, die Vorbild für entschlossenes politisches Handeln werden kann.

Nach dem eindeutigen Mitgliedervotum ist klar: Die SPD wird im Bund weiter Verantwortung tragen und

Teil der Bundesregierung sein. Als SPD Sachsen werden wir uns in Berlin zusammen mit unseren Bundestagsabgeordneten dafür einsetzen, dass **einmöglichst großer Teil der zusätzlichen Investitionen und Ausgaben des Bundes in Sachsen** umgesetzt werden. Denn auch die Bundesmittel für Zukunftsprojekte, die der Bund selbst vergibt, können zusätzliche Wertschöpfung in Sachsen ermöglichen – und somit sächsische Unternehmen unterstützen und Arbeitsplätze sichern.

Planbar und verlässlich: Mehr Investitionen für den Freistaat

Der Sachsenfonds ist unser zentrales Instrument zur Stärkung von Kommunen, Wirtschaft, Infrastruktur und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Mit ihm haben wir eine **Strategie aus einem Guss**, die genau die Aufgaben adressiert, die anstehen.

Vorerst stehen voraussichtlich **gut 391 Millionen Euro pro Jahr** für Schlüsselbereiche zur Verfügung – gespeist aus dem neuen Sondervermögen des Bundes, das über zwölf Jahre hinweg dem Freistaat und den Kommunen zugutekommt und Investitionen absichern soll.

Mit dem Sachsenfonds werden wir für den Freistaat Sachsen besonders bedeutsame Projekte realisieren. Er soll als Sondervermögen auch zur Verfahrensvereinfachung und Verfahrensbeschleunigung beitragen. Zudem gehen wir über den üblichen Finanzplanungszeitraum hinaus, um Verlässlichkeit und Planbarkeit zu schaffen. Der Sachsenfonds wird der klassischen **Verkehrsinfrastruktur** – öffentlicher Personennahverkehr, Straßenbau und andere Mobilitätsprojekte – zugutekommen, aber auch weit darüber hinaus wirken. Auch Maßnahmen im Bereich **Bildung, Sport und Kultur**, Projekte im **Krankenhausbau**, der **Hochschulmedizin und Pflegeeinrichtungen**, die **Wohnraumförderung** sowie der staatliche **Hochbau** können zukünftig damit finanziert werden. Nicht zuletzt wird damit ein Teil der Grundlage für die wirtschaftliche Zukunft unseres Freistaats gelegt: Wir digitalisieren damit unsere Verwaltung, fördern zentrale Projekte **zur Stärkung des Wirtschafts- und Innovationsstandorts** und unterstützen die Schaffung der notwendigen **Energieinfrastruktur**.

Wer angesichts der großen Herausforderungen von einem "Schattenhaushalt" spricht, hat den Ernst der Lage nicht verstanden. Der Sachsenfonds ist die Grundlage für eine langfristige, abgestimmte Investitionsstrategie. Wir brauchen **gesellschaftliche Entschlossenheit**, damit sich die Kräne bald drehen.

Spielräume für Sachsens Zukunft nutzen

Die zusätzlichen Mittel des Bundes, die in den Sachsenfonds fließen, sind ein wichtiger erster Schritt – doch darauf dürfen wir uns nicht ausruhen. Unser Ziel ist es, den **Sachsenfonds aus weiteren Quellen zu speisen**. Der Sachsenfonds bildet die Grundlage für eine neue wirtschaftliche Dynamik, die sich auch in höheren Steuereinnahmen widerspiegeln wird

Darüber hinaus wollen wir die **Rückzahlung der Corona-Kredite** nicht überstürzt angehen, sondern – wie viele andere Bundesländer – über eine Generation strecken. So lässt sich das CDU-geführte NRW dafür ganze 50 Jahre Zeit. Durch eine Streckung der Tilgung entstehen finanzielle Spielräume, die gezielt genutzt werden können.

Auch eine **reduzierte Zuführung in den Beamtenpensionsfonds** kann einen Beitrag leisten, ohne die Sicherheit der Pensionen zu gefährden. Diese sind gesetzlich abgesichert, sodass sich keine Beamtin und kein Beamter um die Altersabsicherung sorgen muss. In den letzten Jahren wurden hier de facto Verluste eingefahren, da die Erträge des Pensionsfonds teilweise unterhalb der Inflation lagen – ein Zustand, den wir nicht weiter hinnehmen können. Dabei geht es nicht nur aber auch um die Anlagestrategie des Fonds.

Darüber hinaus ist es auch inkonsequent, für die Verpflichtungen bei den Pensionen eine umfassende Vorsorge zu betreiben, aber für notwendige Investitionen in Krankenhäuser und Brücken nicht.

Für uns als SPD ist es wichtig, dass der Sachsenfonds nicht nur ein Instrument der Landespolitik bleibt, sondern ebenso die Kommunen zielgerichtet unterstützt. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner haben wir vor kurzem einen Vorschlag eingebracht, wie das gelingen kann. Nach dem Vorbild des erfolgreichen Programms „Brücken in die Zukunft“ soll die **kommunale Investitionskraft** unbürokratisch gestärkt und langfristige Planungssicherheit geschaffen werden.

Klar ist aber auch: Der Freistaat Sachsen wird in dieser Wahlperiode nicht ohne die **Aufnahme von Krediten** auskommen. Alle Bundesländer planen, die neuen Spielräume im Grundgesetz zu nutzen, um ihre Infrastruktur und insbesondere ihre Kommunen zu stärken. Es wäre fatal, wenn Sachsen als einziges Bundesland davon ausscheidet. Die Folge wäre, dass Städte und Gemeinden in Sachsen im Vergleich zu anderen Bundesländern ins Hintertreffen geraten. Viele Rückmeldungen der kommunalen Ebene in den letzten Wochen bestärken uns in dieser Einschätzung.

Unser Ziel ist und bleibt klar definiert: Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen und handlungsfähige Kommunen in ganz Sachsen. Und daher muss die **Wende in der Finanzpolitik des Freistaats** weitergehen. Was beim privaten Hausbau und bei jedem Unternehmen gang und gäbe ist – nämlich zielgerichtet und zukunftsorientiert Kredite aufzunehmen – darf beim Staat nicht weiter verteuert werden. Natürlich ist ein ausgeglichener Haushalt erstrebenswert. **Aber was nützt die Schuldenfreiheit, wenn wichtige Aufgaben aufgeschoben und Zukunftsvorsorge vernachlässigt werden?** Auf die Balance kommt es an. Sachsen hat schon heute die deutschlandweit geringste Pro-Kopf-Verschuldung. Den baufälligen oder gesperrten Brücken, maroden Schulgebäuden und von Schließung bedrohten Krankenhäusern in Sachsen hat das nicht geholfen.

Die aktuellen Haushaltsverhandlungen haben uns vor Augen geführt, wie eng der Spielraum für gestaltende Politik in Sachsen inzwischen geworden ist. Die finanzielle Ausgangslage des Freistaats war so angespannt, dass selbst grundlegende soziale Leistungen zur Debatte standen - von Kitas über Kultur bis zur Demokratiearbeit. Dass am Ende Kürzungen in diesen Bereichen verhindert werden konnten, war kein Selbstläufer, sondern Ergebnis harter politischer Arbeit, breiten zivilgesellschaftlichen Engagements und solidarischer Aushandlung. Das zeigt: Unser Anspruch an eine gerechte Haushaltspolitik muss höher sein als bloße Stabilität. Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, dass soziale Infrastruktur bei jeder Haushaltsverhandlung wieder zur Disposition steht.

Um die Möglichkeit für Zukunftsinvestitionen im Grundgesetz zu nutzen, braucht es zügig die erforderliche Rahmengesetzgebung auf Bundesebene. Dabei brauchen wir Klarheit und Geschlossenheit für die Verhandlungen im Bundestag und Bundesrat im Sinne sächsischer Interessen, denn die Lage der Länder ist bundesweit sehr heterogen. Zeitliche Fortschreibung des Kreditvolumens und maximaler Spielraum bei der Tilgung muss das Ziel sein. Es wäre ein Fehler, sich darauf zu verlassen, dass Konservative oder finanzverfassungsliberalere Länder für den Freistaat „mitdenken“. Nur so kann Sachsen ab 2026 mit Investitionen in unsere Infrastruktur beginnen und selbstbestimmt darüber entscheiden, wann und wofür Kredite aufgenommen werden. **Mit dem von der SPD durchgesetzten Sachsenfonds sind wir dafür bestens vorbereitet.**

Investitionen aus Europa – Sachsens Wirtschaft im Wandel sichern

Die Bedeutung von Investitionen für den Wohlstand und die Entwicklung einer Region kann an der Entwicklung der letzten 35 Jahre gemessen werden. Seit 1991 flossen rund 16 Milliarden Euro nach Sachsen, um hier vor Ort in Infrastruktur und Fachkräfte zu investieren. Diese Investitionen haben den

wirtschaftlichen Aufbau maßgeblich unterstützt. Sachsen hat seit der Wiedervereinigung stark von den **Europäischen Strukturfonds** profitiert. Und ohne ausreichende europäische Strukturfondsmittel ist das Investitionsniveau in Sachsen auch künftig nicht zu halten.

Mit Blick auf die nun beginnenden Verhandlungen zur kommende Förderperiode ab 2028 setzen wir uns dafür ein, die Kohäsionspolitik als eigenständiges Politikfeld in geteilter Mittelverwaltung zu erhalten: Die **Bundesländer** müssen die **zentralen Akteure** in der Ausgestaltung der Regionalpolitik und der Verteilung ihrer Mittel bleiben. Wir lehnen eine Zentralisierung der Förderentscheidungen ab. Kohäsionspolitik ist ein **europäisches Solidaritätsversprechen**, das alle Regionen erreicht. Einer Verengung der Kohäsionsmittel auf die ärmsten Regionen der EU zulasten Ostdeutschlands treten wir entgegen.

Wir wollen die Strukturfonds – EFRE, ESF und JTF – erhalten, und zwar mit größtmöglicher inhaltlicher Gestaltungsfreiheit und unter Wahrung des Partnerschaftsprinzips. Dabei streben wir eine **bestmögliche Mittelausstattung und attraktive Förderkonditionen an**, einschließlich einer Anhebung der EU-Kofinanzierungssätze. Zudem befürworten wir einen **Ausbau der Strukturfonds zu einem echten Transformationsinstrument** – nicht nur für die Kohlereviere, sondern auch für Regionen, die etwa durch den Wandel der Automobilindustrie oder durch digitale und ökologische Umbrüche besonders betroffen sind.

In die Zukunft sächsischer Beschäftigter investieren

Investitionen zur Stärkung der Wirtschaft tragen auch zur Sicherung von Arbeitsplätzen bei. Dabei hat der Freistaat auch ein großes Interesse an guten Arbeitsbedingungen für die sächsischen Beschäftigten.

Unser vornehmliches Ziel ist es, die Tarifbindung in Sachsen deutlich zu erhöhen und die rote Laterne im bundesweiten Vergleich weit hinter uns zu lassen. Dafür gehen wir die Novellierung des Vergabegesetzes zügig an. Wir wollen, dass öffentliche Vergaben im Land und den Kommunen nur noch an **Unternehmen mit Tarifbindung** vergeben werden. Mindestens werden wir aber für einen ordentlichen Vergabemindestlohn bei der Gesetzesnovelle sorgen. Mehr tarifliche und betriebliche Mitbestimmung sind für die SPD ein Beitrag zum Schutz unserer Demokratie.

Dabei wollen wir gleichzeitig die Kommunen von Bürokratie entlasten und mit der anstehenden Überarbeitung der landesrechtlichen Grundlagen, die Unterschwellenvergabe den Schwellenwerten für Direktvergaben deutlich anheben, unter Einhaltung der entsprechenden sozialen und ökologischen Standards.

Investitionen helfen den sächsischen Unternehmen bei der Gestaltung der bevorstehenden Herausforderungen. Wir stehen dazu, alle Beteiligten an einen Tisch zu holen. Dafür haben wir den **Transformationsdialog** im Koalitionsvertrag verankert und drängen auf einen zügigen Start der Gespräche. Denn die Transformation der Wirtschaft ist schon längst im Gange. Wir müssen dafür sorgen, dass in diesem Prozess auch die Beschäftigten profitieren.

Unternehmen und Beschäftigte haben gerade in Zeiten des Wandels einen Vorteil von Weiterbildung. Dies greift der Volksantrag „5 Tage Bildungszeit für Sachsen“ auf, den wir gemeinsam mit den Gewerkschaften und 55.600 Unterschriften auf den Weg gebracht haben. Jetzt gilt es, so nah wie möglich am vorgelegten Gesetzentwurf des Volksantrags, den Rechtsanspruch auf **bezahlte Bildungsfreistellung** in Form der Qualifizierungszeit zum 1. Januar 2027 an den Start zu bringen.

Mit dem Landesprogramm „Berufliche Bildung“ investieren wir auch in Zukunft in die berufliche

Weiterbildung und die **duale Ausbildung**, um die Fachkräfte von morgen zu gewinnen. Um ihnen eine moderne Bildungsinfrastruktur und bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende zu bieten, werden wir ebenso die Möglichkeiten des Sachsenfonds nutzen und den Bau von Azubiwohnheimen in ganz Sachsen fördern.

Steuerdumping verhindern – Vermögen endlich gerecht verteilen

Deutschland kann sich eine höhere Verschuldung zugunsten von mehr Investitionen leisten. Kaum ein Industriestaat dieser Größe hat eine ähnlich geringe Schuldenquote. Angesichts des riesigen und weiterwachsenden Investitionsbedarfs stellen viele Menschen zurecht die Frage, wie diese Lasten zukünftig verteilt werden.

Wer in Deutschland Gewinne macht, muss auch hier Steuern zahlen – das ist eine Frage der Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Akzeptanz. Die Menschen haben kein Verständnis dafür, dass Konzerne Milliardengewinne erzielen, aber kaum zum Gemeinwohl beitragen, weil sie ihre Profite in Briefkastenfirmen oder Patentboxen verschieben. Deshalb befürworten wir ein **entschiedeneres Vorgehen der EU gegen sogenannte Steueroasen**.

Die von Olaf Scholz verhandelte **globale Mindeststeuer für Unternehmen** (zweite Säule des OECD-Rahmens) ist ein Meilenstein für mehr Steuergerechtigkeit. Wir verteidigen sie gegen Versuche der US-Regierung und anderer Staaten, sie aufzuweichen oder ganz abzuschaffen. Gleichzeitig erwarten wir von der EU und ihren Mitgliedstaaten, dass sie die vereinbarten Maßnahmen gegen Unterbesteuerung vollständig und verbindlich umsetzen.

Auch die erste Säule des OECD-Rahmens zur **gerechten internationalen Steuerzuteilung** muss zügig umgesetzt werden. Sie soll sicherstellen, dass multinationale Unternehmen – nicht nur Digitalkonzerne – dort Steuern zahlen, wo sie wirtschaftlich aktiv sind und ihre Umsätze erzielen. Wenn eine globale Einigung weiter auf sich warten lässt, darf Europa nicht länger tatenlos bleiben. Dann braucht es eine europäische Lösung, etwa in Form einer **Digitalsteuer**, um eine faire Besteuerung sicherzustellen.

Die von der Bundesregierung für 2028 geplante **Senkung der Körperschaftsteuer** mag Investitionen anreizen – sie birgt jedoch die Gefahr, bestehende Ungleichheiten zu verschärfen. Eine solche Maßnahme darf nur in einem funktionierenden internationalen Rahmen gegen Steuerdumping erfolgen und muss von gezielten weiteren Steuermaßnahmen begleitet werden, die eine Umverteilung von unten nach oben verhindern.

Aber auch eine globale Milliardärssteuer ist überfällig. Als Sozialdemokratie können wir nicht weiter hinnehmen, dass die Vermögen der reichsten Personen dieser Welt ins Unermessliche steigen. Die extreme Konzentration von Reichtum ist nicht nur moralisch unhaltbar, sondern auch demokratiegefährdend und ist in den letzten fünf Jahren nochmals gestiegen. Wir fordern deshalb eine international koordinierte Steuer auf große Privatvermögen um die immensen Vermögenszuwächse der Reichsten endlich gerecht zu besteuern. Die Einnahmen sollen global zur Bekämpfung von Armut, zur Finanzierung öffentlicher Daseinsvorsorge und für den sozial-ökologischen Umbau genutzt werden. Deutschland muss sich innerhalb der G20, der EU und der UN entschlossen für eine solche Steuer einsetzen – im Schulterschluss mit fortschrittlichen Kräften weltweit. Wer Reichtum anhäuft, muss sich endlich auch in gleichem Maße an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen – global wie national.

Denn Fakt ist: Deutschland belastet höchste Einkommen, Erbschaften und Vermögen vergleichsweise gering, während durchschnittliche Arbeitseinkommen einen recht hohen Abzug erfahren. Wer Tag für Tag hart arbeitet, muss verhältnismäßig viel abgeben, während leistungsloses Erben privilegiert wird. **Die**

Vermögen in unserem Land sind extrem ungleich verteilt. Die zehn Prozent der vermögendsten Haushalte verfügen über 54 Prozent des Vermögens, während die vermögensärmere Hälfte der Bevölkerung über ganze drei Prozent verfügt.

Die Folgen dieser Ungerechtigkeit sind offensichtlich: Gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Einfluss sind ungleich verteilt. Zukunftschancen hängen nicht am eigenen Tun, sondern am Besitz und Kontostand der Eltern. Ob sich junge Familien eine eigene Wohnung oder ein Haus kaufen können, hängt auch in Sachsen viel zu oft an den finanziellen Möglichkeiten der Verwandtschaft und nicht am eigenen beruflichen Fortkommen. Das ist ungerecht. Selbst wer sich massiv anstrengt, kann diese unterschiedlichen Startchancen nur schwer wettmachen.

Die Grenzlinie zwischen denen, die viel und denen, die wenig Vermögen haben, ist aber auch immer noch eine Trennlinie zwischen Ost und West, zwischen Frauen und Männern. Die konservativen und rechten Kräfte in unserem Land haben sich mit diesen Ungerechtigkeiten abgefunden oder unterstützen sie sogar – für uns als SPD ist das aber keine Option. Eine gerechte Vermögensverteilung ist schließlich die Grundlage dafür, dass das gesellschaftliche Aufstiegsversprechen Realität werden kann. Wir wollen Vermögen gerechter verteilen und damit auch einen Beitrag zum Zusammenwachsens Deutschlands und zur Gleichberechtigung in unserem Land leisten.

Als SPD Sachsen setzen wir uns daher für ein **Maßnahmenpaket** ein, das die **Zukunftslasten gerecht verteilt** und die Richtigen in unserer Gesellschaft entlastet. Dazu gehören zweifelsohne die **Entlastungsmaßnahmen bei der Einkommensteuer** für geringere und mittlere Einkommen, auf die sich Union und SPD im Koalitionsvertrag auf Bundesebene verständigt haben. Wir unterstützen auch den Vorschlag unserer Bundesarbeitsministerin Bärbel Bas, die **Finanzierung der Sozialversicherung auf breitere Füße zu stellen** – zum Beispiel durch die Einbeziehung von Beamt:innen, Abgeordneten und Selbständigen sowie die deutliche Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze. Wenn mehr Menschen in die Solidarsysteme einzahlen, werden diese stabilisiert und es können auch Spielräume entstehen, um die Breite der Bevölkerung zu entlasten.

Darüber hinaus wollen wir die 1997 in Westdeutschland ausgesetzte **Vermögensteuer** in moderner Form in ganz Deutschland reaktivieren. Diese soll bei Betrieben nicht als Substanzsteuer wirken und durch hohe Freibeträge erst Privatvermögen ab 1 Million Euro erfassen. Wir wollen sicher gehen, dass diese zusätzlichen Einnahmen z.B. über den Finanzausgleich der Länder in angemessener Form in Sachsen ankommen. Auch eine **einmalige Vermögensabgabe** kann eine Möglichkeit sein, um die Superreichen angemessen an gesellschaftlichen Aufgaben zu beteiligen. Gerade sie haben in den Jahren der hohen Inflation teils enorme Vermögenszugewinne verbucht.

In gleichem Maße braucht es eine **Reform der Erbschaftssteuer**. Hier existieren derzeit zu viele Schlupflöcher und Unternehmenserben werden strukturell bevorteilt. Auch wenn ein erhaltenes Erbe für viele Menschen eine große Freude ist: Im Kern handelt es sich um leistungsloses Einkommen, das der begünstigten Person rein zufällig zugutekommt. Eine Mindestbesteuerung unter Wahrung entsprechender Freibeträge ist überfällig und ein Beitrag zur Leistungsgerechtigkeit. Daneben können auch Maßnahmen wie ein Grunderbe für junge Menschen aus unserer Sicht einen Beitrag leisten, allen jungen Leuten gleichermaßen und unabhängig von den Eltern ein Startkapital für den eigenen Lebensweg zu geben.

Maßnahmen zur gerechteren Verteilung von Vermögen haben in Deutschland breite gesellschaftliche Mehrheiten – dies sollten auch die Konservativen endlich anerkennen!

Begründung

mündlich